

Sarah Kleinmann

Vergessene Kontaktzonen

NS-Zwangsarbeit und Migration am Beispiel Sachsens

Wenn gegenwärtig in Deutschland das europäische Grenzregime oder die deutsche Asylpolitik als zu restriktiv kritisiert werden, geschieht dies mitunter auch mit Bezug zum Nationalsozialismus bzw. zu den europäischen und globalen Auswirkungen der nationalsozialistischen Politik. Klaus J. Bade verglich vor kurzem, im Magazin von »Pro Asyl«, den aktuellen europäischen Umgang mit fliehenden Menschen mit der Konferenz von Evian 1938.¹ Was allerdings in öffentlichen Auseinandersetzungen über Zuwanderung, Flucht und Asyl so gut wie nie thematisiert wird (auch nicht durch die Gegner und Gegnerinnen jeglicher Einwanderung), ist die spezifische Form von Migration, die mit der NS-Zwangsarbeit in Deutschland einherging.

Während des Zweiten Weltkrieges kam es in großem Umfang zu Deportationen und (anderen) erzwungenen Migrationen in das Gebiet des nationalsozialistischen Deutschlands. So auch nach Sachsen: Zehntausende Menschen aus verschiedenen Staaten Europas verrichteten hier Zwangsarbeit. Diese Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter waren zum überwiegenden Teil Opfer einer rassistischen, in kolonialer Tradition stehenden Verschleppungspolitik. In kolonialer Tradition deshalb, weil sie an die deutsche (und europäische) Praxis der rücksichtslosen Landnahme und ökonomischen Ausbeutung von Menschen in anderen Teilen der Welt anknüpfte. Die nationalsozialistischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter dienten als billige Arbeitskräfte, zu denen die deutsche Gesellschaft jedoch zugleich aus ideologischen Gründen Abstand halten sollte. Angesichts der Tausende ausländischer Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter formulierte beispielsweise die »Leipziger Zeitung« bereits im Juli 1942, das nationalsozialistische Deutschland sei der »große Arbeitsplatz Europas«.²

Einige Zahlen sollen zunächst die quantitative Dimension für Sachsen verdeutlichen.

1 Vgl. Klaus J. Bade, Die »Schande von Evian« 1938 und die »Schande von Brüssel« 2016, in: Pro Asyl (Hg.), Heft zum Tag des Flüchtlings 2016, Frankfurt a. M. 2016, S. 10–11.

2 Andreas Mai, »Haltet Abstand von den Ausländern!« NS-Ideologie und Lebenswelten von ausländischen Arbeitskräften in Nordwestsachsen, in: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (Hg.), Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945, Halle/S./Dresden 2002, S. 27–48, S. 43.

In Dresden, »Gauhauptstadt« und militärisches Zentrum, mussten neben deutschen auch polnische, russische und tschechische Häftlinge des Konzentrationslagers Flossenbürg ab Juni 1942 für Bauprojekte der SS arbeiten.³ In ganz Sachsen umfasste Ende September 1944 die Gruppe dieser zur Arbeit Gezwungenen etwa 7.000 männliche und 8.500 weibliche Personen. Allein in Dresden befanden sich so schließlich im Februar 1945 etwa 4.500 weibliche und männliche KZ-Häftlinge, die vor allem für die Rüstungsindustrie arbeiten mussten. Bis heute ist nicht geklärt, wie viele von ihnen etwa durch die alliierten Luftangriffe getötet wurden, obwohl die Bombardierung von Dresden erinnerungskulturell große öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Es sind jedoch nach wie vor hauptsächlich die nicht-nationalsozialistisch verfolgten Deutschen, denen das Gedenken gilt. Insgesamt waren in den Dresdner Außenlagern des Konzentrationslagers Flossenbürg Häftlinge aus 20 verschiedenen europäischen Staaten interniert.⁴ Die größten Gruppen unter ihnen stammten aus Polen und der Sowjetunion; weiterhin befanden sich darunter auch jüdische Häftlinge, vor allem aus Polen, aber auch aus Ungarn.

Neben den KZ-Häftlingen mussten auch (andere) Kriegsgefangene und Zivilpersonen Zwangsarbeit leisten. Im November 1942 wurden allein im Regierungsbezirk Leipzig 38.783 zivile Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter (74 Prozent Männer und 26 Prozent Frauen) gezählt, die in verschiedenen Lagern untergebracht waren.⁵ Ende September 1944 betrug die Anzahl ausländischer Zivilpersonen, die als Arbeitskräfte gemeldet waren, in Sachsen insgesamt 270.000, die Zahl der arbeitenden Kriegsgefangenen Ende des Jahres 1944 etwa 95.000 Personen.⁶ Im Kriegsgefangenenlager Zeithain bei Riesa waren zwischen 1941 und 1945 vor allem sowjetische, aber auch italienische, serbische, britische, französische und polnische Gefangene inhaftiert. Etwa 25.000 bis 30.000 sowjetische und mehr als 900 Kriegsgefangene aus anderen Staaten starben dort.⁷

Insgesamt variierten die (Über-)Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbei-

3 Vgl. für diese und die folgenden Angaben Ulrich Fritz, »Ich hatte den Eindruck, dass damals alles schon etwas in Auflösung begriffen war.« KZ-Häftlinge in Dresden – vor, während und nach den Luftangriffen vom Februar 1945, in: Günter Heydemann/Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hg.), *Sachsen und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, S. 111–128.

4 Vgl. zu Informationen über die Dresdner Außenlager des Konzentrationslagers Flossenbürg auch die interaktive Karte der Gedenkstätte: <http://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/geschichte/aussenlager/> [Zugriff am 27. 7. 2016].

5 Mai, *Abstand* (wie Anm. 2), S. 29.

6 Alexander Fischer, *Ideologie und Sachzwang. Kriegswirtschaft und »Ausländereinsatz« im südostsächsischen Elbtalgebiet*, in: *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Fremd- und Zwangsarbeit* (wie Anm. 2), S. 12–26, hier S. 12.

7 <https://www.stsg.de/cms/zeithain/startseite> [Zugriff am 11. 11. 2015]. Die große Diskrepanz zwischen den sowjetischen Todeszahlen und denen von Angehörigen anderer Nationen stellt keine Ausnahme dar; generell waren insbesondere die von Deutschland gefangen genommenen Rotarmisten und

terinnen und -arbeiter in Sachsen beträchtlich, je nachdem ob sie aus West- oder Osteuropa (insbesondere aus Polen und der UdSSR) stammten, und ob sie beispielsweise als Juden oder Angehörige der Roten Armee kategorisiert waren. Auch Zeitpunkt, Dauer und Ort ihres Arbeitseinsatzes spielten diesbezüglich eine zentrale Rolle.

Die angeführten exemplarischen Zahlen geben einen Eindruck von der quantitativen Dimension der Zwangsarbeit und verdeutlichen, dass in Sachsen während des Zweiten Weltkriegs hunderttausende Angehörige verschiedener europäischer Staaten anwesend waren. Dies wird jedoch gegenwärtig kaum öffentlich thematisiert, reflektiert oder erinnert. Diese seltene Thematisierung und das geringe Erinnern sind kein sächsisches Spezifikum; sie gelten auch für den bundesdeutschen Umgang mit der nationalsozialistischen Geschichte. Und sie sind auch hinsichtlich anderer nationalsozialistischer Verbrechenkomplexe anzutreffen, wie beispielsweise in Bezug auf Zwangssterilisierungen, und insofern nicht singular. Vielleicht fallen die seltene Thematisierung und das geringe Erinnern mittlerweile eher auf, da es eine breite, staatlich anerkannte und geförderte Gedenkstättenlandschaft gibt, die sich pädagogisch, forschend und museal den nationalsozialistischen Verbrechen widmet.⁸

Interessant ist jedoch eine Erweiterung und Ergänzung des Blickes auf den heutigen öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus hin zum gegenwärtigen öffentlichen Umgang mit Einwanderung, Migration und Flucht. Die öffentliche Thematisierung dieser Prozesse ist einerseits geprägt von vielen Menschen, die »Willkommenskultur« bejahen und Einwanderung ökonomisch und politisch sinnvoll und richtig finden. Andererseits ist diese öffentliche Thematisierung fast immer auch mit Rassismus, von Abschottungsrhetorik und Überfremdungsängsten gesättigt, wie sie beispielsweise viele Pegida-Aktivistinnen und -Aktivistinnen auf der Straße und im Internet artikulieren.

Insbesondere angesichts dieser Überfremdungsängste, die suggerieren, dass noch nie so viele Migrantinnen und Migranten wie heute nach Sachsen gekommen seien, fällt nun auf, dass die hunderttausendfach erzwungene Migration in den NS-Staat nicht-thematisiert, vergessen, verdrängt oder verschwiegen wird. Man möchte den Überfremdungsverängstigten – die oftmals Rassismus als Angst kaschieren oder kanalisieren – am liebsten sagen: Es waren schon einmal hunderttausende Ausländer in

Rotarmistinnen im Vergleich zu Angehörigen anderer Streitkräfte sehr schlechten Haftbedingungen ausgesetzt.

8 Vgl. zur Entwicklung der Gedenkstätten an historischen Tatorten nationalsozialistischer Verbrechen in West- und Ostdeutschland Marc Schwietring, *Konkretionen des Erinnerns. Der Wandel des Gedenkens an historischen Stätten der NS-Verbrechen*, in: Michael Klundt/Samuel Salzborn/Marc Schwietring/Gerd Wiegel (Hg.), *Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert*, Gießen 2007, S. 137–173.

Sachsen, durch Ausbeutung wurde von ihrer Arbeitskraft profitiert. Doch das heutige Bewusstsein für und die Thematisierung von Migration beginnt zumeist erst mit den Vertrags- und Gastarbeitenden, die nach 1945 in die beiden Deutschland immigrierten. Diese kamen natürlich auf gänzlich anderer, nämlich (abgesehen von der ökonomischen Notwendigkeit) freiwilliger Grundlage, als vor ihnen die NS-Zwangsarbeitenden, und insofern ist es notwendig, klar zwischen diesen beiden historischen Ereignissen zu trennen. Vielleicht liegt es daher auch auf der Hand, dass öffentlich keine oder kaum Verbindungen hergestellt werden. Dennoch ist zu fragen, welche Verbindungen es gibt, und ob man im Kontext der Zwangsarbeit womöglich von einer nationalsozialistischen Migrationsgesellschaft sprechen kann. Allerdings lässt sich hier zu dem Schluss kommen, dass dieser Begriff ungünstig ist, wie im Folgenden kurz erläutert werden soll.

Obwohl keine oder kaum Verbindungen hergestellt werden, so ist doch evident, dass die beiden Deutschland nicht erst nach 1945 herkunftsvielfältige Gesellschaften wurden. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg gab es ausländische Arbeitskräfte in Deutschland, darunter so unterschiedliche Gruppen wie beispielsweise Saisonarbeitende im Kaiserreich und Kriegsgefangene im Ersten Weltkrieg, dann Arbeitsmigranten und -migrantinnen in der Weimarer Republik und schließlich auch im NS-Staat.⁹ Einen Höhepunkt der Präsenz ausländischer Arbeitskräfte stellte dann jedoch die NS-Zwangsarbeit dar: Hunderttausende unfreiwillige Migrantinnen und Migranten arbeiteten zum Teil jahrelang im Deutschen Reich (und fanden dabei nicht selten den Tod). Gleichzeitig war es politisch gewollt, dass diese sozial ausgegrenzt wurden, da die ideologischen Normen von NS-Staat und -Partei eine homogene Volksgemeinschaft vorsahen, die politisch, rassistisch, sozialdarwinistisch und antisemitisch bereinigt sein sollte. Die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter waren so lediglich ökonomische Verfügungsmasse, die für den angestrebten Gewinn des Krieges und zum Ausgleich für die kriegsbedingt fehlenden Arbeitskräfte eingesetzt wurde. Ihre Erfahrungen, ihre Bedürfnisse, ihre Sprachen, ihre Interessen, ihr soziokulturelles und biografisches ›Gepäck‹ waren selbstverständlich nicht von Relevanz.

Natürlich waren die ausländischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter zudem nicht einfach nur anwesend, sondern kamen (all-)täglich mit der deutschen, hier im speziellen der sächsischen Gesellschaft in Berührung.¹⁰ Durch ihre große Anzahl, durch die Orte ihres Arbeitseinsatzes sowie ihre Unterbringung und Bewachung entstanden vielfältige informelle Kontakte, sei es auf der Straße, im Betrieb oder in öffentlichen Einrichtungen, die durch vorbeugende Strafandrohungen und nachträgliche Ahn-

9 Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart/München 2001, S. 21–24, hier S. 30.

10 Mai, *Abstand* (wie Anm. 2), S. 32.

dungen unterbunden werden sollten.¹¹ Hier zeigt sich auch eine Diskrepanz zwischen diskriminierenden, menschenverachtenden staatlichen Abschottungsbemühungen und mitunter vorhandener situativer, individueller Offenheit auf der alltäglichen, persönlichen Ebene seitens der deutschen Bevölkerung.

So ist aus dem Dorf Etzdorf bei Döbeln bekannt, dass eine Wirtin in den Jahren 1942 und 1943 ausländische Arbeitskräfte bediente und deshalb mehrfach Geldstrafen zahlen musste.¹² Auf sächsischen Bauernhöfen nahmen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter häufig gemeinsam mit den Bauernfamilien die Mahlzeiten ein¹³ und waren somit in einen recht engen, vertraulichen sozialen Rahmen einbezogen, der materielle Versorgung und Verständigung ermöglichte. Diese Praxis ist beispielsweise auch für Württemberg dokumentiert. So schilderte ein Mann, der als Kind auf einem Bauernhof auf der Schwäbischen Alb lebte, im Jahr 2009 in einem Interview:

»Von oben herunter hat's geheißten Abstand halten, aber als wir unsere Polin hatten [...] da ist die beim Mittagstisch auf die Seite gesessen oder raus auf die Treppe vor die Küche. Und dann hat meine Mutter gesagt ›Da setzt du dich hin, da wird bei uns gegessen‹ [bei der Familie am Tisch, Anm. d. Verf.] [...] Die hat müssen mit uns essen, die hat müssen mit uns schaffen.«¹⁴

Persönliche Kontakte kamen also trotz ideologischer Vorgaben zustande und unterliefen diese bisweilen sogar. Auch historisch zeigt sich womöglich – beispielsweise beim gemeinsamen Mittagessen mit einer Zwangsarbeiterin im ländlichen Raum im nationalsozialistischen Deutschland –, dass pauschale Abwertungen da am ehesten aufgebrochen werden können, wo es zu Kontakten und infolgedessen zum Aufbau sozialer Beziehungen kommt.

Andererseits konnten sich diese Kontakte nicht auf Augenhöhe abspielen; zu sehr war die Begegnung von ungleichen Rechten bzw. der Rechtlosigkeit der Zwangsarbeitenden, der Kriegssituation, von nationalsozialistischer Propaganda und rassistischen Haltungen gerahmt. Daher kann man von einem Zusammenkommen in »Kontaktzonen« sprechen, und hierin der Literaturwissenschaftlerin Mary Louise Pratt folgen, die den Begriff für asymmetrische Beziehungen im Zuge der kolonialen Eroberung Südamerikas prägte. Pratt schreibt über »contact zones«: »I use this term to refer to social spaces

11 Ebd., S. 27.

12 Ebd., S. 37 f.

13 Ebd., S. 39.

14 Sarah Kleinmann, »Hier ist irgendwie ein großes Stillschweigen.« Das kollektive Gedächtnis und die Zwangsarbeit in der Munitionsanstalt Haid in Engstingen, Tübingen 2011, S. 101.

where cultures meet, clash, and grapple with each other, often in contexts of highly asymmetrical relations of power, such as colonialism, slavery, or the aftermaths as they are lived out in many parts of the world today«. ¹⁵ Der Historiker James Clifford, der den Begriff vor allem für die Gestaltungs- und Sammlungspraxis von Museen adaptierte, ¹⁶ dehnte ihn auf andere soziale Räume aus. Clifford schreibt: »The notion of a contact zone, articulated by Pratt in contexts of European expansion and transculturation, can be extended to include cultural relations within the same state, region, or city – in the centers rather than the frontiers of nations and empires. The distances at issue here are more social than geographic. [...] Contact perspectives recognize that ›natural‹ social distances and segregations are historical/political products: apartheid was a relationship. In many cities, moreover, contact zones result from a different kind of ›travel‹: the arrival of new immigrant populations«. ¹⁷

Die Zwangsarbeitenden und die deutsche Gesellschaft bildeten also Kontaktzonen, die mittels brutaler Gewaltanwendung, konstanter Gewaltandrohung sowie rassistischer Handlungen stark asymmetrisch strukturiert waren. Unterschiedliche Menschen verschiedenster biografischer, sozialer, kultureller und sprachlicher Prägungen trafen aufeinander, die deutsche Gesellschaft dabei in der Mehrheit und der privilegierten Position.

In diesem Kontext sollte eher von stark hierarchischen »Kontaktzonen« in der nationalsozialistischen Gesellschaft als beispielsweise von einer nationalsozialistischen Migrationsgesellschaft gesprochen werden. Obwohl jede Gesellschaft dynamisch ist, und sich stets über Zu- und Abwanderung und (andere) soziale Mobilität konstituiert, obwohl auch die sächsische Gesellschaft somit immer schon auch Migrationsgesellschaft war und obwohl jede Migrationsgesellschaft auch asymmetrische Kontaktzonen birgt, stellt die quantitative Zunahme von nicht-deutschen Arbeitskräften im Zweiten Weltkrieg keine Erweiterung einer wie auch immer gearteten Migrationsgesellschaft dar, da dieser Begriff auch Teilhabemöglichkeiten, Dauerhaftigkeit, Rechte und »Kampf um Repräsentationen« ¹⁸ impliziert oder einfordert. Eher müsste im Kontext der NS-Zwangsarbeit vielleicht von einer Zwangsmigrationsgesellschaft gesprochen werden,

15 Mary Louise Pratt, *Arts of the Contact Zone*, in: *Modern Language Association* 1991, S. 33–40, <http://www.jstor.org/stable/25595469> [Zugriff am 6. I. 2016], S. 34.

16 James Clifford, *Routes. Travel and Translation in the Late Twentieth Century*, Cambridge u. a. 1997. Darin »Museums as Contact Zones«, S. 188–219.

17 Ebd., S. 204.

18 Anne Broden/Paul Mecheril, *Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung*, in: Dies. (Hg.), *Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft*, Düsseldorf 2007, S. 7–28, hier S. 14.

aber auch diese Wendung ist nicht ganz adäquat; vor allem klingt sie verdächtig nach einer euphemistischen Formel, die auch als Hasskommentar auf Facebook denkbar wäre.

Die Kontaktzonen lösten sich mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg auf; die überlebenden ausländischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter konnten Sachsen nun sukzessive verlassen. Auf die ökonomische Ausbeutung und soziale Ausgrenzung im Nationalsozialismus folgte die Ausgrenzung aus der historischen Wahrnehmung. Die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter im nationalsozialistischen Sachsen waren keine prominente Opfergruppe der antifaschistischen Erinnerungskultur in der DDR und sind bis heute im historischen Bewusstsein und Wissen vieler Menschen kaum vertreten.

Die Zwangsmigration ist in öffentlichen Debatten nicht präsent; weder als rassistisches Horrorszenario noch als kritische Referenz, der zufolge die deutsche Gesellschaft nie herkunftshomogen war, oder als Verweis auf ideologische Kontinuitäten. Eine seltene Ausnahme stellte der Politiker Oskar Lafontaine im Wahlkampf 2005 dar, als er vor »Fremdarbeitern« auf dem deutschen Arbeitsmarkt warnte und damit den nationalsozialistischen Begriff für die NS-Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen nutzte. Er rief dieses Bild auf »als Bedrohung, als eine Figur, die die nationale Ordnung von Produktion und Dienstleistung unterläuft, und etwas Fremdes in diese Ordnung bringt, zum Nachteil der arbeitenden Klasse.«¹⁹ Die Nicht-Präsenz der Zwangsmigration ist zusätzlich interessant, weil ihr Kontinuitäten in der deutschen Migrationspolitik gegenüberstehen, wie das Inkraftbleiben des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 bis 1999.²⁰

Und es gibt auch heute asymmetrische – wenn auch weniger stark hierarchische, weniger repressive und anders rechtlich gerahmte – Kontaktzonen in der bundesdeutschen Gesellschaft, in denen Geflüchtete bevormundet und kritisch beäugt und Migrantinnen und Migranten nur dann geduldet werden, wenn sie sich unauffällig verhalten und ökonomischen Nutzen bringen oder nicht als Konkurrenz empfunden werden. Jedoch gibt es auch hier Räume des Kennenlernens, der alltäglichen Berührung im allgemein menschlichen Miteinander. Es ist fast schon eine Binsenweisheit, dass es dort am meisten rassistische Vorbehalte gibt, wo am wenigsten (Post-)Migranten und Migrantinnen (oder als solche wahrgenommene Menschen) leben.

Dennoch konnten sich trotz der beharrlichen Nicht-Thematisierung auch zahlreiche Erinnerungs- und Wissensvermittlungsansätze im Hinblick auf die NS-Zwangsarbeit entwickeln. Um beim Beispiel Sachsen zu bleiben: Hier existieren heute verschiedene Institutionen und zivilgesellschaftliche, zum Großteil ehrenamtliche Initiativen, die

19 Astrid Messerschmidt, Repräsentationsverhältnisse in der postnationalsozialistischen Gesellschaft, in: Broden/Mecheril, *Re-Präsentationen* (wie Anm. 18), S. 51.

20 Vgl. Harald Kleinschmidt, *Migration und Integration. Theoretische und historische Perspektiven*, Münster 2011, S. 181.

sich einer kritischen öffentlichen Bearbeitung der nationalsozialistischen Zwangsarbeit widmen. Beispielsweise sind hier die Gedenkstätte Zwangsarbeit Leipzig, das Bündnis »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer« oder das Alternative Kultur- und Bildungszentrum in Pirna zu nennen.

Dieses Engagement findet einen Bezugspunkt im öffentlichen Raum, wo es noch heute Spuren der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter gibt. Diese materiellen Reste sind erhalten, auch wenn beispielsweise nach der deutschen Vereinigung viele Erinnerungszeichen entfernt wurden²¹ oder es zu Sachbeschädigungen kommt, wie 2015 an den Gräbern des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Zeithain.²²

Eine deutliche, in Dresden vorzufindende Spur der nationalsozialistischen Zwangsarbeit sind die zahlreichen Grabstätten, die sich auf verschiedenen Friedhöfen befinden.²³ Auf dem St.-Pauli-Friedhof in der Hechtstraße liegen beispielsweise 225 Kinder begraben: Sie wurden zwischen 1943 und 1945 von ihren Müttern getrennt, die Zwangsarbeit verrichten mussten, und starben schließlich an systematischer Unterversorgung.²⁴ Ein zivilgesellschaftliches Projekt verschreibt sich bereits seit längerer Zeit der Sichtbarmachung der Geschichten und Namen dieser Kinder.²⁵ Am 6. November 2015, mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, fand die Übergabe einer neu gestalteten, würdigeren Grabanlage an die Öffentlichkeit statt. Derlei erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Praktiken sind ein Zeichen von Empathie, aber auch von bewusster Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es zeugt von vorbehaltloser Anerkennung der Tatsachen, von Vernunft und Souveränität, diese Auseinandersetzung zu führen, statt sie zu abzulehnen, zu verdrängen, zu verachten, kleinzureden oder zu beschweigen.

21 Vgl. Nora Goldenbogen, Sachsen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Band II, Bonn 2000, S. 607–777, hier S. 614f.

22 <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Gedenktafeln-fuer-Kriegsgefangene-in-Zeithain-zerstoert-artikel9351472.php> [Zugriff am 10. II. 2015].

23 <http://www.dokst.de/node/1115> [Zugriff am 6. II. 2015].

24 <http://www.dokst.de/main/node/688> [Zugriff am 6. II. 2015].

25 <http://www.zwangsarbeiterkinder-dresden.de> [Zugriff am 6. II. 2015].